

N i e d e r s c h r i f t

über die 23. Sitzung des Kreistages
am Montag, den 25.09.2023 (öffentlicher Teil)

Sitzungsbeginn: 14:00 Uhr
Sitzungsende: 19:00 Uhr (einschließlich nichtöffentlicher Teil)
Ort: Landratsamt Saale-Orla-Kreis, Neubau, Konferenzsaal 237,
Oschitzer Str. 4, 07907 Schleiz,

Anwesenheit:

Anwesend:

Landrat
Füßmann, Thomas

Fraktion der CDU
Bias, Marko
Chudasch, Jonas
Franke, Thomas
Gersdorf, Katrin
Hanna, Allam, Dr. med.
Herrgott, Christian
Modde, Michael
Neumüller, Alex
Orosz, Peter
Sachse, Carsten
Smailes, Sandra (ab 15:00 Uhr)
Völm, Arnfried, Dr.
Weidermann, Thomas, Dr. med.
Weiße, Ralf

Fraktion der AfD
Bergner, Anja
Bergner, Heiko
Bohnhardt, Marc
Fischer, Jörg
Linke, Johannes
Lucas, Hartmut
Thrum, Uwe
Winkler, Stephan

Fraktion der UBV
Fiedler, Marcus
Grau, André (bis 15:40 Uhr)
Kleindienst, Wolfgang
Meyer, Christian
Militzer, Bernd
Querengässer, Gerd
Weigelt, Thomas

Fraktion Die LINKE

Kalich, Ralf
Lukas, Almut
Möller, Klaus
Rebelein, Dieter, Dr.
Weithase, Helga
Wetzel, Roland

Fraktion der SPD

Kanis, Regine
Kleebusch, Enrico, Dr. (bis 16:00 Uhr)
Roßner, Marc

Fraktion der FDP

Ortwig, Volker
Seidel, Marco

Bündnis 90/Die Grünen

Geiler, Janina

Mitarbeiter der Kreisverwaltung

Beyer, Kerstin
Danzer-Nitsch, Inge
Fabiunke, Fred
Gollmann, Petra
Haußner, André
Hebenstreit, Alexander
Heynisch, Jens, Dr.
Knopf, Cindy
Lautenschläger, Yvonne
Luckhardt, Claudia
Meixner, Anna-Maria
Pelke, Ralf
Rauner, Marcel
Schnedermann, Judith
Schröder, Amrei, Dr.
Unger, Philipp
Weiß, Sandra

Entschuldigt:

Fraktion der CDU

Zapf, Marcel (dienstl. Gründe)

Fraktion der AfD

Rham, Matthias (krank)

Fraktion der SPD

Feike, Anette (Urlaub)

Fraktion der FDP

Scherf-Michel, Sandra (dienstl. Gründe)

Bündnis 90/Die Grünen

Richter, Steve (krank)

Schriftführerin:

Kerstin Täumel

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift über die 22. Sitzung des Kreistages am 12.06.2023 (öffentlicher Teil)
2. Jahresabschluss 2022 der Kreissparkasse Saale-Orla
Vorlage: KT/122/2023
3. Dritte Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Saale-Orla-Kreises
Vorlage: KT/131/2023
4. Einbringung der Neufassung der Geschäftsordnung des Kreistages des Saale-Orla-Kreises
Vorlage: KT/132/2023
5. Nutzungsordnung kreiseigener Sport- und Spielanlagen des Saale-Orla-Kreises
Vorlage: KT/126/2023
6. 1. Änderung der Zweckvereinbarung über die Nutzung der Zentralen Leitstelle der Stadt Gera
Vorlage: KT/130/2023
7. Konzept zur Warnung und Information der Bevölkerung des Saale-Orla-Kreises
Vorlage: KT/129/2023
8. Überplanmäßige Ausgaben in der Eingliederungshilfe
Vorlage: KT/128/2023
9. Feststellung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2021 des Saale-Orla-Kreises
Vorlage: KT/123/2023
10. Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2021
Vorlage: KT/124/2023
11. Entlastung der Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2021
Vorlage: KT/125/2023
12. Anträge
- 12.1 Antrag der AfD-Fraktion - Umstufung Zufahrtsstraßen Linkenmühlenbrücke
Vorlage: AN/112/2023
- 12.2 Antrag der CDU-Fraktion bzgl. Arbeitsgelegenheiten nach § 16 d SGB II sowie § 5 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) im Saale-Orla-Kreis etablieren
Vorlage: AN/113/2023
13. Informationen/Sonstiges
14. Anfragen

Der Landrat eröffnet die 23. Sitzung des Kreistages und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages des Saale-Orla-Kreises fest.

Vor Sitzungsbeginn wurden an die Kreistagsmitglieder zwei Dringlichkeitsanträge verteilt.

Herr Dr. Rebelein begründet den Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die LINKE AN/114/2023 bzgl. Informationen zur stationären medizinischen Versorgung ab 2024 durch das Krankenhaus Pößneck.

Er führt aus, dass es unter der Bevölkerung erhebliche Verunsicherung wegen unzureichender Informationen hinsichtlich der Frage, welche Leistungen ab 2024 im Krankenhaus Pößneck noch angeboten werden, gibt. Mit dem Antrag soll erreicht werden, dass die Informationen für jeden Bürger zugänglich veröffentlicht werden.

Die **Dringlichkeit** des Antrages wird mit **17 Ja-Stimmen** nicht bestätigt (2/3-Mehrheit nicht erreicht).

Somit wird der Antrag nicht in die Tagesordnung aufgenommen.

Der Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion AN/115/2023 bzgl. „Einlegung von Rechtsmitteln gegen die Erhebung der Krankenhausumlage durch den Freistaat Thüringen nach § 8 Abs. 2 und 3 des Thüringer Krankenhausgesetzes...“ wird durch Herrn Thrum begründet.

Anlass für den Antrag sei die Antwort des Landes Thüringen auf seine Anfrage, in der mitgeteilt wird, dass das Konzept der Thüringen Kliniken für den Standort Pößneck schlüssig sei.

Mit der Einlegung der Rechtsmittel gegen die Krankenhausumlage und das Aussetzen der Zahlung soll Druck auf das Land Thüringen ausgeübt werden, dass eine Durchfinanzierung und somit Aufrechterhaltung der 24h-Notfallversorgung am Standort Pößneck erfolgt.

Landrat Fügmann führt Gegenrede zu diesem Antrag, da er als Landrat damit aufgefordert wird, gegen geltendes Recht zu verstoßen. Bei der Zahlung der Krankenhausumlage handelt es sich um eine Aufgabe des übertragenen Wirkungskreises und ist somit nicht Angelegenheit des Kreistages.

Herr Dr. Hanna sieht eine Dringlichkeit nicht gegeben, da sich der Antrag auf das Jahr 2024 bezieht. Die Zahlung für das Jahr 2023 ist erfolgt.

Herr Kleindienst vertritt die Meinung, dass das Thema Krankenhaus Pößneck insgesamt aus seiner Sicht äußerst pressant ist und spricht sich dafür aus, die Dringlichkeit zu bestätigen.

Die **Dringlichkeit** des Antrages wird mit **14 Ja-Stimmen** nicht bestätigt (2/3-Mehrheit nicht erreicht).

Somit wird der Antrag nicht in die Tagesordnung aufgenommen.

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung festgestellt.

Zu TOP 1 Genehmigung der Niederschrift über die 22. Sitzung des Kreistages am 12.06.2023 (öffentlicher Teil)

Wortmeldungen zur Niederschrift gibt es nicht.

Der Kreistag fasst

**mehrheitlich bei
4 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises genehmigt die Niederschrift über die 22. Sitzung des Kreistages am 12.06.2023 (öffentlicher Teil).“

272-23/2023

Zu TOP 2 Jahresabschluss 2022 der Kreissparkasse Saale-Orla Vorlage: KT/122/2023

Der Landrat begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Vorstände der Kreissparkasse, Herrn Heinrich und Herrn Götz.

Dem Vorstand der Kreissparkasse, Herrn Heinrich, wird durch den Kreistag mehrheitlich das Rederecht zu diesem TOP erteilt.

Anhand einer Präsentation werden durch Herrn Heinrich sehr umfangreiche Ausführungen zur Entwicklung des Geschäftsvolumens der Kreissparkasse, den Bilanzen, zum Kundenkreditvolumen, der Zinsentwicklung, dem Verwaltungs- und Personalaufwand, den Betriebsergebnissen im Vergleich zu anderen Sparkassen, der Vermögenslage und Eigenkapitalausstattung, der Ermittlung des Jahresüberschusses, Spenden und Sponsoring u.a. vorgenommen.

Zur Diskussion sprechen Herr Kleindienst, Herr Dr. Hanna, Herr Modde, Landrat Fügmann und Herr Dr. Rebelein.

Herr Heinrich beantwortet Nachfragen zu Rückstellungen, Krediten an Organmitglieder, Zinsentwicklungen für Sparer, zum Jahresüberschuss und zur Bewertung des Eigenkapitalvermögens.

Herr Modde vertritt die Meinung, dass die Entscheidung, keine Ausschüttung durchzuführen, überdacht werden sollte; diese Mittel könnten zur Senkung der Kreisumlage verwendet werden.

Frau Smailes trifft um 15:00 Uhr zur Teilnahme an der Sitzung ein.

Der Kreistag fasst

einstimmig

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt, dass gemäß § 20 Abs. 5 des Thüringer Sparkassengesetzes (ThürSpkG) den Mitgliedern des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Saale-Orla für das Geschäftsjahr 2022 Entlastung erteilt wird.“

273-23/2023

**Zu TOP 3 Dritte Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Saale-Orla-Kreises
Vorlage: KT/131/2023**

Die Juristin, Frau Dr. Schröder, erläutert ausführlich die vorgesehenen Änderungen und Anpassungen in der Hauptsatzung, die vorwiegend auf verschiedenen gesetzlichen Änderungen beruhen. Frau Dr. Schröder beantwortet die während der Diskussion gestellten Nachfragen der Kreistagsmitglieder.

Zur Diskussion sprechen Herr Dr. Hanna, Herr Thrum, Herr Kleindienst, Herr Dr. Rebelein, Herr Herrgott und Herr Seidel.

Herr Dr. Hanna u.a. sieht ein Problem in der Schaffung der technischen Voraussetzungen, um Sitzungen in Notlagen als Videokonferenzen durchzuführen.

Herr Thrum spricht sich generell gegen die Aufnahme einer Formulierung bzgl. Sitzungen in Notlagen in der Hauptsatzung aus, da er damit die Grundlage für die Vorbereitung eines nächsten Lockdowns sieht. **Er beantragt, den vorgesehenen § 6a komplett zu streichen.**

Herr Kleindienst weist darauf hin, dass seiner Meinung nach eine Regelung zum Inflationsausgleich hinsichtlich der Aufwandsentschädigung getroffen werden müsste.

Für Herrn Dr. Rebelein stellt die Formulierung zu Bekanntmachungen im Internet ein Problem dar. Ihm ist die digitale Art der Veröffentlichung z.B. von Satzungen zu einseitig.

Herr Seidel kritisiert die Formulierung zur Änderung des § 5 Abs. 3 bzgl. der Verantwortlichkeit des Landrates bei Grundstücksgeschäften bis zu einem Betrag von 50 T€.

Seiner Meinung nach sollte der Kreistag weiterhin generell über Grundstücksgeschäfte beschließen.

Er beantragt, in der Formulierung zu § 5 Abs. 3 lit. f) die Zahl 50.000,00 € durch 1.000,00 € zu ersetzen.

Der o.g. Antrag von Herrn Thrum auf Streichung des § 6a – Sitzungen in Notlagen – wird mit

11 Ja-Stimmen und 22 Gegenstimmen

abgelehnt.

Der o.g. Antrag von Herrn Seidel, in § 5 Abs. 3 lit. f) die Zahl 50.000,00 € durch 1.000,00 € zu ersetzen, wird mit

5 Ja-Stimmen und 18 Gegenstimmen

abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung über die Beschlussvorlage KT/131/2023.

Mit einem Abstimmungsergebnis von

20 Ja-Stimmen zu

13 Gegenstimmen (davon Herr Ortwig und Herr Querengässer)

ist die für die Änderung der Hauptsatzung gemäß § 99 ThürKO geforderte qualifizierte Mehrheit nicht erreicht und damit kein Beschluss zustande gekommen.

Zu TOP 4 Einbringung der Neufassung der Geschäftsordnung des Kreistages des Saale-Orla-Kreises

Vorlage: KT/132/2023

Die Juristin, Frau Dr. Schröder, führt aus, dass gemäß § 26 der Geschäftsordnung in der heutigen Sitzung die Beschlussvorlage zur Änderung der Geschäftsordnung eingebracht und auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zur Beschlussfassung gesetzt wird.

Nachfragen von Herrn Kleindienst und Herrn Thrum werden durch Frau Dr. Schröder beantwortet.

Pause: 15:40 Uhr bis 16:15 Uhr

Herr Grau und Herr Kleebusch entschuldigen sich um 15:40 Uhr für die weitere Sitzungsdauer.

Zu TOP 5 Nutzungsordnung kreiseigener Sport- und Spielanlagen des Saale-Orla-Kreises

Vorlage: KT/126/2023

Der Fachbereichsleiter des FB 1, Herr Dr. Heynisch, erläutert den Sachverhalt der Beschlussvorlage. Gründe für die Neufassung sind die Änderung des Thüringer Sportfördergesetzes, die den Sportvereinen eine weitestgehend kostenfreie Nutzung der Sportanlagen ermöglicht, die Erweiterung der Nutzungsmöglichkeiten in den Ferien sowie die Umstellung auf einen digitalen Beantragungsmodus von Nutzungszeiten der Sportanlagen.

Zur Diskussion sprechen Frau Kanis, Herr Kleindienst, Herr Herrgott, Herr Thrum, Herr Neumüller, Herr Kalich, Landrat Fügmann und Frau Geiler.

Frau Kanis stellt einen **Änderungsantrag zu § 4 Abs. 4 hinsichtlich der Priorität der Reihenfolge der Nutzungszeiten**. Sie beantragt, unter o.g. § 4 Abs. 4 die Punkte 2 und 3 in der Reihenfolge zu tauschen. Es ist aus Sicht des Kreissportbundes nicht nachzuvollziehen, warum an der bisherigen praktikablen Verfahrensweise etwas geändert werden soll.

Durch Herrn Kleindienst wird ebenfalls ein Änderungsantrag zur gleichen Problematik gestellt. Auch er verweist, wie Frau Kanis, auf die Stellungnahme des Kreissportbundes zur Änderung der Nutzungsordnung, in der eine Änderung in § 4 Abs. 4 hinsichtlich der Änderung der Reihenfolge für nicht notwendig erachtet wird, da es bisher einen kommunikativen und reibungslosen Ablauf der Vergabe zwischen den Beteiligten gab. Herr Kleindienst beantragt: „**Im § 4 Abs. 4 werden die Punkte 2. und 3. in der Reihenfolge getauscht. Punkt 2. lautet dann: „anerkannte Sportorganisationen (Vereine, Verbände, Behinderten und Gehörlosensport)“.**“

Auch von den Diskussionsrednern der anderen Fraktionen wird keine Notwendigkeit einer Änderung der Reihenfolge der Prioritäten in der Zuteilung der Nutzungszeiten gesehen und betont, dass das gut funktionierende System beibehalten werden sollte.

Herr Thrum **beantragt außerdem die Streichung des § 1 Absatz 5 der Nutzungsordnung** („Eine Nutzung für politische Veranstaltungen ist nicht vorgesehen.“)

Zur Begründung der Entscheidung der Verwaltung, die Reihenfolge der Priorität zu ändern, führt der Landrat aus, dass die Volkshochschule den Auftrag hat, auch Gesundheitsbildung zu praktizieren. In der Verwaltung kam die Information an, dass es Probleme gab, Kurse durchzuführen, weil keine Räumlichkeiten zur Verfügung standen. Die VHS soll sich mit ihren Kursen auch in den Sporthallen etablieren können.

Die Nachfrage des Landrates, ob sich die Fraktionen SPD und UBV einigen können, ihre gestellten Änderungsanträge in gleicher Sache als einen gemeinsamen Änderungsantrag zu werten und zur Abstimmung zu bringen, wird durch beide Fraktionsvorsitzenden bejaht.

Diesem gemeinsamen **Änderungsantrag „im § 4 Abs. 4 die Punkte 2. und 3. in der Reihenfolge zu tauschen“** wird

einstimmig

zugestimmt.

Somit ist die Nutzungsordnung an der genannten Stelle entsprechend abzuändern.

Der **Änderungsantrag der AfD-Fraktion „§ 1 Abs. 5 zu streichen“** wird mit

**10 Ja-Stimmen bei
25 Gegenstimmen**

abgelehnt.

Der Kreistag fasst

**mehrheitlich bei
8 Gegenstimmen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt die Nutzungsordnung kreiseigener Sport- und Spielanlagen des Saale-Orla-Kreises in der als Anlage 1 der Niederschrift beigefügten Fassung.“

274-23/2023

Zu TOP 6 1. Änderung der Zweckvereinbarung über die Nutzung der Zentralen Leitstelle der Stadt Gera
Vorlage: KT/130/2023

Der komm. Fachbereichsleiter FB 2, Herr Rauner, erläutert den Sachverhalt der Beschlussvorlage und begründet die notwendigen Änderungen der Zweckvereinbarung. Er beantwortet Nachfragen von Herrn Dr. Rebelein zu den Kostenanteilen. Herr Dr. Hanna informiert über die einstimmige Empfehlung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Controlling.

Der Kreistag fasst

einstimmig

folgenden Beschluss:

„Der Landrat wird ermächtigt, die Zweckvereinbarung über die Nutzung der Zentralen Leitstelle Gera zwischen der Stadt Gera, dem Landkreis Altenburger Land, dem Landkreis Greiz, dem Landkreis Saale-Orla-Kreis und dem Rettungsdienstzweckverband Ostthüringen zu unterzeichnen.“

275-23/2023

Zu TOP 7 Konzept zur Warnung und Information der Bevölkerung des Saale-Orla-Kreises
Vorlage: KT/129/2023

Der komm. Fachbereichsleiter FB 2, Herr Rauner, erläutert den Sachverhalt der Beschlussvorlage, die beruht auf dem Beschluss des Kreistages Nr. 111-9/2020 vom 12.10.2020.

Zur Diskussion sprechen Herr Neumüller, Herr Dr. Hanna, Herr Thrum, Herr Seidel und Herr Orosz.

Der Kreistag fasst

einstimmig

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt das Konzept zur Warnung und Information der Bevölkerung des Saale-Orla-Kreises in der als Anlage 1 der Beschlussvorlage KT/129/2023 beigefügten Fassung.“

276-23/2023

Zu TOP 8 Überplanmäßige Ausgaben in der Eingliederungshilfe
Vorlage: KT/128/2023

Die Fachbereichsleiterin FB 3, Frau Lautenschläger, begründet sehr ausführlich die Notwendigkeit dieser überplanmäßigen Ausgaben in drei Haushaltsstellen im Fachdienst Frühe Hilfen/Inklusion anhand der Sachverhaltsdarstellung in der Beschlussvorlage.

Zur Diskussion sprechen Herr Neumüller, Herr Dr. Hanna, Herr Kleindienst, Herr Möller, Herr Thrum und Herr Bias.

In der Diskussion wird u.a. die Frage aufgeworfen, warum der Sachverhalt des enormen Mehrbedarfs nicht im Jugendhilfeausschuss vorberaten wurde. Herr Möller fordert, dass in Zukunft derartige Vorlagen auch dem Jugendhilfeausschuss zur Vorberatung vorgelegt werden, da dieser Ausschuss auch über den Haushalt in diesem Bereich befindet.

Der Kreistag fasst

**mehrheitlich bei
1 Gegenstimme und
6 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt überplanmäßige Ausgaben

1. in Höhe von 634.450,00 € auf der Haushaltsstelle 1.45600.77130 – Hilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (§ 35a SGB VIII),
2. in Höhe von 290.000,00 € auf der Haushaltsstelle 1.48809.78903 – Heilpädagogische Leistungen in Regelkindergärten
und
3. in Höhe von 90.000,00 € auf der Haushaltsstelle 1.48809.78900 – Teilstationäre Frühförderung für Kinder in integrativen Kindergärten.“

277-23/2023

Zu TOP 9 Feststellung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2021 des Saale-Orla-Kreises
Vorlage: KT/123/2023

Durch den Fachdienstleiter Finanzen, Herrn Unger, erfolgt eine kurze Darstellung des Sachverhaltes.

Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Kreistag fasst

**mehrheitlich bei
6 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises stellt die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2021 des Saale-Orla-Kreises einschließlich der dazugehörigen Erläuterungen nach Durchführung der örtlichen Prüfung fest.“

278-23/2023

**Zu TOP 10 Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2021
Vorlage: KT/124/2023**

Zur Abhandlung dieses TOP übergibt der Landrat die Sitzungsleitung an den ehrenamtlichen Beigeordneten, Herrn Herrgott.

Zur Diskussion sprechen Herr Dr. Hanna, Herr Kleindienst, Herr Dr. Rebelein und Herr Thrum.

Herr Dr. Hanna und Herr Kleindienst legen dar, zu welchen Beanstandungen im Finanzausschuss keine zufriedenstellende Aufklärung erfolgen konnte, wie z.B. zur Dienstanweisung zu Unterschriftsbefugnissen, zu Zahlungsanordnungen, der Kostenübernahme der Jagdscheinausbildung für Mitarbeiter der Unteren Jagdbehörde, Abrechnungsfragen bei den Unterbringungskosten der Bundeswehr während der Pandemie und Kosten für CO²-Ampeln u.a.

Herr Kleindienst bittet darum, dass der nächste Prüfbericht ohne Anwendung der Gendersprache erstellt wird.

Herr Thrum betont, dass seine Fraktion keine Entlastung erteilen kann, da seiner Meinung nach eine Verletzung des Grundsatzes der sparsamen Haushaltsführung vorliegt. Als Beispiele nennt er ebenfalls die Kostenübernahme für die Jagdscheinausbildung für Mitarbeiter und die enormen Kosten für CO²-Ampeln.

Durch den Fachbereichsleiter 1, Herrn Dr. Heynisch, erfolgen Erläuterungen zur Nutzung der CO²-Ampeln an den Schulen und deren Zweckerfüllung auch nach der Pandemie.

Der Kreistag fasst mit

**23 Ja-Stimmen,
7 Gegenstimmen und
8 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt gemäß §§ 114, 80 Abs. 3 ThürKO auf der Grundlage des Schlussberichtes des Rechnungsprüfungsamtes dem Landrat für das Haushaltsjahr 2021 Entlastung zu erteilen.“

279-23/2023

**Zu TOP 11 Entlastung der Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2021
Vorlage: KT/125/2023**

Die Sitzungsleitung wird wieder durch den Landrat übernommen.

Wortmeldungen zu diesem TOP gibt es nicht.

Der Kreistag fasst mit

**24 Ja-Stimmen und
13 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt gemäß §§ 114, 80 Abs. 3 ThürKO auf der Grundlage des Schlussberichtes des Rechnungsprüfungsamtes den Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2021 Entlastung zu erteilen.“

280-23/2023

Zu TOP 12 Anträge

**Zu TOP Antag der AfD-Fraktion - Umstufung Zufahrtsstraßen
12.1 Linkenmühlenbrücke
 Vorlage: AN/112/2023**

Herr Thrum begründet den Antrag der AfD-Fraktion anhand der ausführlichen Sachverhaltsdarstellung des Antrages und verweist auf ein Schreiben des Landes Thüringen, in dem mitgeteilt wird, dass keine Möglichkeit gesehen wird, die ehemalige Landesstraße L 1100 wieder als Landesstraße umzustufen.

Zur Diskussion sprechen Herr Kleindienst, Herr Franke, Herr Thrum, Herr Kalich, Herr Fügmann, Herr Linke und Herr Herrgott.

Herr Kleindienst unterstützt das Anliegen des Antrages im Hinblick auf die Wiedererrichtung der Linkenmühlenbrücke.

Herr Franke **beantragt, den Antrag in den Wirtschaftsausschuss zu verweisen**, um dort eine tiefgründige Diskussion hinsichtlich des Streckenverlaufs zu führen.

Gegenrede zu diesem Antrag führt Herr Thrum, da in dem Antrag eindeutig der Streckenverlauf definiert ist.

Herr Thrum **beantragt** im Namen der AfD-Fraktion **„namentliche Abstimmung“**.

Herr Kalich spricht sich gegen den Antrag der AfD-Fraktion aus und betont, dass ein gleichlautender Antrag im Kreistag Saalfeld-Rudolstadt abgelehnt wurde und somit Herr Landrat Wolfram keinen Auftrag hat, tätig zu werden.

Herr Modde entschuldigt sich um 17:55 Uhr für die restliche Sitzungsdauer.

Herr Fügmann verweist auf das Ergebnis der Beratung zum Projekt „Linkenmühlenbrücke“ am 25.07.2023 im Landratsamt, in der die Dinge klar benannt wurden. Das Projekt kostet ca. 20,5 Mio. €, die Kosten für die Brücke allein wurden auf 12 Mio. € geschätzt. Seiner Meinung nach wäre es Aufgabe des Bundes, die Brücke wiederherzustellen. Das Land Thüringen kann das allein nicht schultern, diese Annahme sieht er als unrealistisch. Er verweist auf das Thür. Straßengesetz und die darin definierte Zuständigkeit für Straßenumstufungen. Durch das Land Thüringen wurde klar gesagt, dass eine Aufstufung dieser Straße nicht erfolgt.

Der **Antrag** von Herr Franke auf **„Verweis des Antrages in den Wirtschaftsausschuss“** wird mit

13 Ja-Stimmen bei

21 Gegenstimmen

abgelehnt.

Es folgt gemäß Antrag der AfD-Fraktion die „namentliche Abstimmung“ mit folgendem Ergebnis:

Mit „Ja“ stimmen:

Frau Bergner, Herr Bergner, Herr Bohnhardt, Herr Chudasch, Herr Fiedler, Herr Fischer, Herr Kleindienst, Herr Linke, Herr Lucas, Herr Meyer, Herr Militzer, Herr Querengässer, Herr Seidel, Herr Thrum, Herr Winkler.

Mit „Nein“ stimmen:

Herr Fügmann, Herr Bias, Herr Franke, Frau Geiler, Frau Gersdorf, Herr Dr. Hanna, Herr Kalich, Frau Kanis, Frau Lukas, Herr Möller, Herr Neumüller, Herr Orosz, Herr Ortwig, Herr Dr. Rebelein, Herr Roßner, Frau Smailes, Frau Weithase, Herr Wetzel.

Mit „Enthaltung“ stimmen:

Herr Herrgott, Herr Sachse, Herr Dr. Völlm, Herr Dr. Weidemann, Herr Weiße.

Der Kreistag lehnt somit den Antrag mit

**15 Ja-Stimmen,
18 Gegenstimmen und
5 Stimmenthaltungen**

ab und fasst somit folgenden Beschluss:

„Der Kreistag lehnt in namentlicher Abstimmung den Antrag der AfD-Fraktion AN/112/2023 – Umstufung Zufahrtsstraßen Linkenmühlenbrücke – ab.“

281-23/2023

**Zu TOP 12.2 Antrag der CDU-Fraktion bzgl. Arbeitsgelegenheiten nach § 16 d SGB II sowie § 5 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) im Saale-Orla-Kreis etablieren
Vorlage: AN/113/2023**

Herr Herrgott begründet die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages anhand der sehr ausführlichen Sachverhaltsdarstellung im Antrag der CDU-Fraktion.

Herr Dr. Weidemann entschuldigt sich um 18:19 Uhr für die restliche Sitzungsdauer.

Zur Diskussion sprechen Frau Kanis, Herr Herrgott, Herr Thrum, Herr Kleindienst, Herr Dr. Hanna, Frau Gersdorf, Herr Kalich und Herr Dr. Rebelein.

Frau Kanis, Herr Kleindienst und Herr Kalich vertreten die Auffassung, dass hinsichtlich der Umsetzung dieses Beschlussvorschlages noch viele Fragen, u.a. zur personellen Begleitung durch das Haus, Finanzbedarf, Tätigkeitsfelder etc. zu klären seien. In der vorliegenden Form sei der Antrag noch nicht zustimmungsfähig. Vor der Erarbeitung eines solchen Konzeptes muss eine konkrete Analyse vorgenommen werden, so Herr Kalich. Er verweist auf seine Anfragen an den Landrat, die im Vorfeld eines solchen Beschlusses beantwortet werden sollten.

Frau Kanis stellt den **Antrag auf „Verweis in den Sozialausschuss“**.
Herr Kleindienst beantragt den **„Verweis in den Finanzausschuss und den Sozialausschuss“**, da neben der Klärung der Fragen zur praktischen Umsetzung auch die finanziellen Auswirkungen klar zu definieren sind.

Herr Roßner entschuldigt sich um 18:25 Uhr für die restliche Sitzungsdauer.

Herr Querengässer entschuldigt sich um 18:35 Uhr für die restliche Sitzungsdauer.

Die o.g. Anträge auf „Verweis in den Finanzausschuss und den Sozialausschuss“ werden mit

**7 Ja-Stimmen bei
18 Gegenstimmen
abgelehnt.**

Der Kreistag fasst mit

**24 Ja-Stimmen,
8 Gegenstimmen und
2 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Landrat des Saale-Orla-Kreises wird beauftragt:

1. Arbeitsgelegenheiten nach § 5 Absatz 1 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) für Leistungsberechtigte zu schaffen. Es ist ein Konzept zu erarbeiten, in welchem die Städte und Gemeinden sowie soziale Träger einbezogen werden.
2. Auf Grundlage des § 16d SGB II ein Konzept für Arbeitsgelegenheiten für erwerbsfähige Leistungsberechtigte von Bürgergeld insbesondere Anerkannte Asylbewerber in Kooperation mit dem Jobcenter sowie den Städten und Gemeinden des Saale-Orla-Kreises sowie sozialen Trägern zu erarbeiten.
3. Als Hilfestellung für Maßnahmeanbieter soll ein Arbeitsgelegenheits-Ideenpool entwickelt werden.
4. Etwaige finanzielle Mittel für die Koordination der Arbeitsgelegenheiten sind ab dem Haushaltsplan 2024 des Saale-Orla-Kreises aufzunehmen. Es ist hierbei zu prüfen, welche Refinanzierungsmöglichkeiten durch Bund und Land bestehen.
5. Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises ist fortlaufend über den Sachstand der Konzepterarbeitung und alle weiteren Belange zu informieren.“

282-23/2023

Zu TOP 13 Informationen/Sonstiges

Frau Smailes, Herr Neumüller und Herr Franke entschuldigen sich um 18:40 Uhr für die restliche Sitzungsdauer.

Die Juristin, Frau Dr. Schröder, informiert den Kreistag, dass es gelungen ist, hinsichtlich der Problematik Sporthalle Tanna einen Vergleich zu schließen. Im August wurde mit der Stadt Tanna das Einvernehmen im Sinne des im Jahr 2022 gefassten Kreistagsbeschlusses hergestellt, was die Forderungen aus der Vergangenheit anbelangt. Der Entwurf eines neuen Nutzungsvertrages für die Zukunft ist der Stadt Tanna zugegangen. Dazu gibt es noch keine Rückäußerung.

Das Zahlenmaterial des Jobcenters wurde vor Sitzungsbeginn den Fraktionsvorsitzenden übergeben.

Allen Kreistagsmitgliedern wurde in den „Niederschriftenmappen“ ein Sonderpostwertzeichen anlässlich 100 Jahre Schleizer Dreieck zur Verfügung gestellt.

Zu TOP 14 Anfragen

Der Landrat führt aus, dass zu den schriftlichen Anfragen von Herrn Thrum bzgl. Windkraftausbau und Freiflächenphotovoltaik-Anlagen im Saale-Orla-Kreis und zu den Anfragen von Herrn Linke bzgl. Breitband- und Mobilfunkausbau im SOK schriftliche Antworten vor Sitzungsbeginn an alle Kreistagsmitglieder verteilt wurden.

Zur Anfrage von Herrn Kleindienst in der Sitzung des Kreisausschusses zum Stand der Dachsanierung Förderzentrum Schleiz erfolgen Ausführungen durch die Fachdienstleiterin ZLM, Frau Beyer.

Sie informiert, dass die neue Dachabdichtung im Bereich der Dachfläche komplett ausgeführt ist, inkl. neuer Dacheinläufe.

Die Sanierung der Dachflächen der Aufbauten (Aufzugsmaschinenraum und Austritt Dach) ist noch in Arbeit. Derzeit erfolgt die Ausführung der Dachabdichtungsanschlüsse an Attiken und aufgehenden Wänden. Die Herstellung der neuen Notüberläufe an den Giebelseiten erfolgt bis ca. Ende der KW 38. Ausführung neuer Attika-Einblechungen inkl. Wiedereinbau äußerer Blitzschutz erfolgt voraussichtlich bis ca. Mitte Oktober aufgrund der gegenwärtig langen Lieferzeiten der Alubleche für die Attiken.

Herr Thrum fragt nach, inwieweit die Schäden, die durch die Unterbringung der Flüchtlinge entstanden sind, bereits beseitigt werden konnten und ob die Flüchtlinge nach wie vor in dem Objekt untergebracht sind?

Frau Beyer führt hinsichtlich der baulichen Schäden aus, dass diese nach und nach im Rahmen der Werterhaltung durch eigene Hausmeister beseitigt werden.

Herr Rauner informiert, dass die Flüchtlinge nach wie vor dort untergebracht sind. Während der Beseitigung der Schäden werden diese in Abstimmung mit dem FD ZLM zeitweise anderweitig untergebracht.

Herr Kleindienst fragt nach, ob bekannt ist, dass in diesem Objekt ständig ein Asylbewerber aus dem Fenster uriniert.

Herr Rauner bestätigt, dass dies der Verwaltung angezeigt wurde und es werden entsprechende Maßnahmen eingeleitet.

Herr Kleindienst fragt an, wie der Stand bzgl. der Sanierung Grundschule Pöbneck-Ost, Rosa-Luxemburg-Str. ist und welche Maßnahmen für das nächste Jahr dort geplant sind?

Frau Beyer informiert, dass die Sanierung der Grundschule seit 2 Jahren Bestandteil des Haushalts- und Finanzplanes ist. Derzeit wird auf die Mitteilung der Aufnahme in das

Landesförderprogramm durch das Ministerium gewartet. Es wurde inzwischen die dritte Vorhabenanmeldung gestellt, um überhaupt in ein Förderprogramm aufgenommen zu werden. Die Planungskosten belaufen sich für die Sanierung auf knapp 10 Mio. €. Für die Umsetzung müssen auf jeden Fall Fördermittel akquiriert werden, weil es ausschließlich mit landkreiseigenen Mitteln nicht zu realisieren ist.

Herr Kleindienst bittet weiterhin um eine Information zum aktuellen Stand Turnhalle Wurzbach.

Frau Beyer führt aus, dass dafür ebenfalls die Vorhabenanmeldung beim Ministerium eingereicht wurde. Nach letzten Informationen wird eine Aufnahme ins Förderprogramm in Aussicht gestellt.

Weiterhin bittet Herr Kleindienst um Auskunft zum Arbeitsaufkommen in der Führerscheinstelle und ob es immer noch zu Wartezeiten kommt.

Der Landrat bezeichnet die Situation momentan als relativ entspannt. Mit einem höheren Aufkommen wird im Dezember/Januar gerechnet.

Herr Herrgott fragt nach, ob bei einem erwarteten höheren Aufkommen im Dezember/Januar dann die Verwaltung in der Lage ist, temporär die Führerscheinstelle personell zu verstärken?

Der Landrat antwortet, dass er davon ausgeht, dass das Aufkommen dann trotzdem abgedeckt werden kann, da der Fachdienst personenseitig deutlich aufgestockt wurde. Das Problem war im letzten Jahr die schwere und damit längere Einarbeitungsphase der neuen Mitarbeiter.

Herr Dr. Heynisch ergänzt, dass ab Oktober ein Terminmanagement in der Führerscheinstelle eingeführt wird, über das Termine online vereinbart werden können. Das sollte die Situation spürbar entschärfen.

Herr Kleindienst fragt, ob weitere Unterkünfte für Asylbewerber geplant sind, z.B.

Turnhallen? Gibt es bereits Gespräche dazu? Wie wird mit der Thematik umgegangen?

Der Landrat betont, dass sein Ziel ist, keine Turnhalle für diese Zwecke wieder zu belegen.

Aus diesem Grund bestehen derzeit auch keine Überlegungen, die Greizer Straße frei zu lenken. Denn dann müsste der Notfall ausgesprochen werden und das beträfe wieder die Turnhalle in Pöbneck. Das soll unbedingt vermieden werden.

Herr Dr. Hanna fragt, für wann die Landratswahlen und Kommunalwahlen im nächsten Jahr terminiert sind?

Der Landrat informiert, dass die Landratswahl auf den 14.01.24 festgelegt wurde. Der Termin für die Kommunalwahl wurde offiziell noch nicht bekannt gemacht. Als Vororientierung wurde durch die Landesregierung der 26.05.2024 genannt.

Der Landrat beendet den öffentlichen Teil der 23. Sitzung des Kreistages um 18:53 Uhr.

Die Niederschrift über den nichtöffentlichen Sitzungsteil liegt im Kreistagsbüro vor und kann dort eingesehen werden.

Fügmann
Landrat

Kerstin Täumel
Schriftführerin